

Kolev, Stefan

Working Paper

Der bulgarische Weg seit 1989: Wachstum ohne Ordnung?

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2010-12

Provided in Cooperation with:
Ordnungspolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Kolev, Stefan (2010) : Der bulgarische Weg seit 1989: Wachstum ohne Ordnung?, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2010-12, Ordnungspolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/55416>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

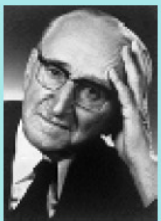
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Stefan Kolev

**Der bulgarische Weg seit
1989:
Wachstum ohne Ordnung?**

Diskurs 2010 – 12

Stefan Kolev

Der bulgarische Weg seit 1989: Wachstum ohne Ordnung?

Abstract

Mehr als 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus im gesamten Mittelost- und Osteuropa ist es Zeit für eine Zwischenbilanz. Es handelt sich um eine stürmische Periode, die als Übergang zwischen den denkbar gegensätzlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in Ost und West einmaligen Charakter aufweist. Somit ist sicher, dass die Transformationsepoche mit ihren vielfältigen Facetten auf lange Sicht Forschungsgegenstand für verschiedene Sozialwissenschaftler bleiben wird, also etwa für Wirtschaftshistoriker, für Soziologen oder auch für Politikwissenschaftler. Attraktiv wie sie ist, stellt die postsozialistische Transformationszeit für den Forscher auch Schwierigkeiten und Fallen. Die meisten Probleme sind darin begründet, dass die Region, die früher „Ostblock“ genannt wurde, historisch und kulturell ausgesprochen heterogen ist und somit eine ganz besondere Sensitivität erfordert, wenn es um die Analyse der konkreten Transformationsprozesse an einzelnen Orten der Region gehen soll.

Keywords: Bulgarien, Ordoliberalismus, Transformation

Stefan Kolev
Doktorand
HWWI Hamburgisches Weltwirtschafts Institut – Zweigniederlassung Thüringen
Gorkistraße 9
99084 Erfurt
Tel. 0361 7447109 kolev@hwwi.org www.hwwi.org

Stefan Kolev

Der bulgarische Weg seit 1989: Wachstum ohne Ordnung?

1. Einleitung

Dieser Beitrag will sich mit den Entwicklungen und Erfahrungen der Transformation in einem südosteuropäischen Land befassen, nämlich Bulgarien. Das ist die erste Beschränkung der Analyse, d.h. sie ist auf ein einzelnes Land fokussiert und strebt, wenn überhaupt, nur mit ganz besonderer Vorsicht Verallgemeinerungen auf die gesamte Region an. Die Auswahl wurde mit einer biographischen Begründung getroffen: Der Autor des Beitrages hat die ersten 10 Jahre der Transformation in Bulgarien selbst erlebt und hat anschließend die Entwicklungen der letzten 11 Jahre intensiv vom Ausland aus und bei zahlreichen Besuchen mitverfolgt. Die zweite Beschränkung ist methodischer Art: Es wird bei der Erörterung nicht etwa eine „allgemeine Theorie“ der Transformation angewendet, sondern ein spezifischer theoretischer Ansatz gewählt, nämlich die Brille der Ordnungsökonomik. Die Ordnungsökonomik, also das Gedankengebäude, das vor mehr als 70 Jahren in Freiburg als Ordoliberalismus begann und in den Folgejahrzehnten ausgebaut und verfeinert wurde, erscheint hierbei aus verschiedenen Gründen ein besonders geeigneter Ansatz zur Erläuterung von Transformationsprozessen. Diese werden im Folgenden en detail besprochen, wobei an dieser Stelle schon auf die besondere Stärke dieses Ansatzes verwiesen werden kann, nämlich der Fokus auf die sogenannte Interdependenz der Ordnungen: Ordnungsökonomien betonen stets die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Teilordnungen, etwa zwischen der Wirtschafts- und der Staatsordnung, und somit eignet sich deren Herangehensweise geradezu ideal für die Erklärung von Transformationsprozessen, die ja stets über das rein Wirtschaftliche hinausgehen.

Der Aufbau des Beitrages sieht wie folgt aus. Zunächst wird, um der obigen Forderung nach Sensitivität besonders gerecht zu werden, ein geschichtlicher Abriss aufgezeigt, der zweigeteilt ist. In einem ersten Teil wird die Geschichte Bulgariens

vom frühen Mittelalter bis 1989 rekonstruiert, wobei besonders auch auf die speziellen kulturellen Einflüsse und Überschneidungen Bezug genommen wird, die sich innerhalb dieser Zeit akkumulieren. Anschließend wird in einem zweiten Teil die eigentliche Transformationszeit erörtert, zwar primär aus wirtschaftshistorischer Perspektive, aber komplementiert um einen breiteren sozialwissenschaftlichen Kontext. Nach diesem ersten Abschnitt folgt die Vorstellung der theoretischen Brille, der Ordnungsökonomik, mit der die dargestellte Wirtschaftsgeschichte angesehen wird. Im darauffolgenden Schritt folgt der eigentliche Kern der Erörterung, nämlich die Bewertung der bulgarischen Entwicklung seit 1989 aus der Sicht dreier ordnungsökonomischer Klassiker: Walter Eucken, Friedrich August von Hayek und Wilhelm Röpke. Abgerundet wird die Analyse mit einem Fazit, welches den Ausblick auf die Zeit nach der gegenwärtigen Krise wagt und dabei die zentralen Herausforderungen für das Land in den kommenden Jahren aufzuzeigen versucht.

2. Geschichte und Kultur Bulgariens

2.1 Geschichte und kulturelle Einflüsse in der Periode 681-1989

Bulgarien ist einer der ältesten in Kontinuität bestehenden europäischen Staaten. Er wird im Jahre 681 n. Chr., also vor mehr als 13 Jahrhunderten, gegründet und vereinigt zu Beginn seiner Existenz drei Ethnien: Die Thraker, die seit dem Altertum die Region bevölkern, südslawische Stämme, die sich im Zuge der Völkerwanderung und der Folgejahrhunderte in Südosteuropa ausbreiten, und die Proto-Bulgaren, die unmittelbar vor der Staatsgründung aus Zentralasien einwandern. Während seiner ersten Jahrhunderte ist Bulgarien in ständigem Austausch mit dem benachbarten Byzanz, was sowohl starke kulturelle Einflüsse als auch ständige militärische Auseinandersetzungen mit sich bringt. Im Unterschied zu anderen frühen Staaten in Osteuropa, entscheiden sich die bulgarischen Herrscher (zunächst Chans, dann Fürsten und ab dem 9. Jahrhundert Zaren genannt) für die Übernahme des Christentums nicht von Rom, sondern von Konstantinopel. Im Zuge dieser Christianisierung im 9. Jahrhundert wird – auch in byzantinischem Auftrag – von zwei Mönchen das kyrillische Alphabet kreiert, welches von Bulgarien als erstem Land fast umgehend übernommen und ununterbrochen bis heute benutzt wird. Das erste bulgarische Zarenreich (681-1018) fällt nach einer kulturellen und militärischen Blütezeit im 10. Jahrhundert (in seiner höchsten Ausdehnung umfasst es fast die

gesamte Balkanhalbinsel) zu Beginn des 11. Jahrhunderts unter byzantinische Herrschaft und bleibt Teil von Byzanz bis 1186.

Das zweite Zarenreich besteht etwa 200 Jahre, eine Zeit erneuten kulturellen Aufschwungs, welcher zusammen mit der parallelen kulturellen Entwicklung von Byzanz von manchen Kunsthistorikern als ein Vorläufer der westeuropäischen Renaissance eingestuft wird. Dieser bulgarische Staat beendet, nach einem allmählichen Zerfall in kleine Fürstentümer, 1396 seine Existenz nach der osmanischen Invasion, die sukzessive alle südosteuropäischen Staaten verschlingt. Für die Bulgaren folgen etwa fünf Jahrhunderte osmanischer Herrschaft, über die bis heute unter Historikern keine einhellige Einschätzung vorliegt. Sicherlich sind 500 Jahre in einem kulturell eher asiatischen als europäischen Imperium eine Unterbrechung der Entwicklung vorangegangener Jahrhunderte. Bulgarien vermisst damit in seiner Geistesgeschichte sowohl eine Renaissance als auch die Werte einer Aufklärung westeuropäischer Prägung. Allerdings verzichtet das osmanische Reich, trotz vereinzelter Aktionen, auf eine systematische Islamisierung des Balkans und es ist alles in allem ein toleranter Vielvölkerstaat, in dem reger interregionaler und zunehmend auch internationaler Handel betrieben wird. Fest steht, unabhängig von diesen historiographischen Abwägungen, dass Bulgarien die Neuzeit in zweifacher Hinsicht „anders“ als viele osteuropäische Nachbarn betritt: Es hat ein byzantinisch-orthodoxes Erbe und anschließend einen Jahrhunderte langen osmanischen Einfluss, der sich in vielfacher Hinsicht unterschiedlich entfaltet als etwa in den Gliederungen des benachbarten Habsburger Reichs.

Nach der sogenannten nationalen Wiedergeburt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dem russisch-türkischen Krieg 1877-78 wird Bulgarien als eigenständiger Staat wiedergegründet, wenn auch – nach der Intervention Bismarcks auf dem Berliner Kongress – auf geographisch sehr eingeschränktem Territorium. Die nächsten 70 Jahre, also die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, sind eine komplizierte, weil von ständigen militärischen Konflikten begleitete Zeit. Trotzdem öffnet sich Bulgarien dezidiert dem Westen und erreicht einen für südosteuropäische Standards beachtlichen Wohlstand. Das dritte bulgarische Zarenreich (1879-1944) ist nach der heutigen Historiographie eine, alles in allem, positive Periode, in der das Land vor allem den nachgeholten „Sprung“ in die westliche Moderne schafft. Vier Zaren, alle deutscher Abstammung, stehen in dieser

Zeit an der Spitze des Staates: Alexander von Battenberg (1879-1886), Ferdinand I von Sachsen-Coburg-Gotha (1887-1918), Boris III von Sachsen-Coburg-Gotha (1918-1943) und Simeon II von Sachsen-Coburg-Gotha (1943-1946). In den Jahrzehnten zwischen Staatsgründung und Balkankriegen etablieren sich die erste bulgarische Demokratie, ein vergleichsweise gut funktionierender Rechtsstaat und vor allem eine (agrarisches geprägte, aber international verflochtene) funktionierende Marktwirtschaft. Die Balkankriege (1912-13) und der Erste Weltkrieg auf der Seite der Zentralmächte unterbrechen die Phase der Prosperität, die erst in den späten 1920er Jahren zurückkommt. Die Weltwirtschaftskrise trifft das Land ähnlich hart wie die europäischen Nachbarn, erst in den späten 1930er Jahren stabilisiert sich die Ökonomie wieder. Bulgarien entwickelt, trotz der weitgehenden Abschaffung der alten Parteien nach 1934, anders als viele europäische Nachbarn keinen Faschismus, sondern ist bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine moderate Autokratie unter der Herrschaft der Zaren Boris III und der darauffolgenden Regentschaft bei dem Kind-Zaren Simeon II. Durch diplomatisches Geschick vermeidet Boris III trotz früher Annäherung an die Achsenmächte eine Teilnahme bulgarischer Truppen an der Ostfront. Außerdem gehört es bis heute zum kollektiven Stolz des Landes, dass der Zar, die orthodoxe Kirche und die Zivilgesellschaft es schaffen, die bulgarischen Juden aus dem Vorkriegs-Territorium des Zarenreiches nicht in die NS-Vernichtungslager deportieren zu lassen.

Es bildet sich im Verlauf dieser vielfältigen geschichtlichen Prozesse ein Spannungsviereck, das für die gesamte Periode von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis heute unvermindert Gültigkeit hat: Die Bulgaren und ihre verschiedenen Staatsformen sind stets zwischen dem eigenen byzantinisch-orthodoxen Erbe der ersten beiden Zarenreiche, der osmanischen kulturellen Hinterlassenschaft, den Sympathien zur „Befreier- und Brudernation“ Russland und dem Wunsch nach Zugehörigkeit zur westlichen Zivilisation hin- und hergerissen. Die Pole in diesem Viereck üben zu verschiedenen Zeitpunkten eine unterschiedlich starke Anziehungskraft aus und sind somit von variierender Aktualität. Trotzdem bleiben sie als Grundfigur der Zivilisations-Gabelungen Bulgariens, explizit oder implizit, stets relevant.

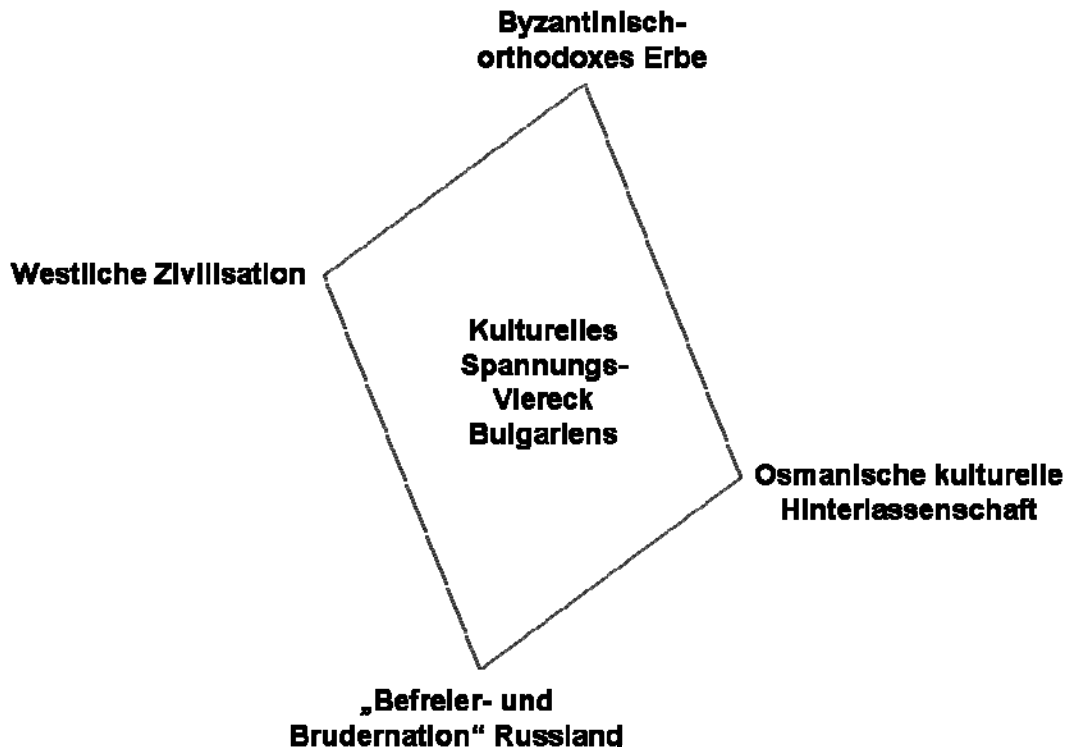


Abb. 1. Kulturelles Spannungsviereck der bulgarischen Geschichte

Quelle: Eigene Darstellung

Die Zeit der kommunistischen Diktatur, also die Periode zwischen 1944 und 1989, ist eine verheerende Episode für das Land. Zwar werden äußerlich auch Modernisierungserfolge erzielt, wie bspw. die Entwicklung einer sowjetisch inspirierten Schwerindustrie oder die Einrichtung vergleichsweise guter öffentlicher Dienstleistungen im Bereich des Gesundheits- oder des Bildungswesens. Die 45 Jahre des Experiments (davon 35, von 1954 bis 1989, unter der Alleinherrschaft Todor Schiwkows) hinterlassen aber materiell wie immateriell fatale Spuren. Die Ökonomie wird von ihrem vorherigen evolutiven Wachstumspfad entrissen und auf die stalinistischen Phantasien wie Großindustrie und allumfassende Planwirtschaft getrimmt. Durch die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft werden Millionen früherer Bauern in die Städte gedrängt und meist in Plattenbausilos untergebracht, was zu einer Vergreisung und Entvölkerung vieler ländlicher Regionen führt. Die Planwirtschaft zermalmt jegliche Privatinitiative oder Unternehmergeist. Die Kommunisten schaffen es tatsächlich, eine Diktatur des Proletariats zu errichten, das

Proletariat ist aber – neben dem materiellen Dauermangel – vor allem ein geistiges, welches jede traditionelle kulturelle Verwurzelung verliert und mit brutaler Gewalt in eine pseudo-moderne Welt verpflanzt wird. Auf eine gewisse Art erzielen der Kult um die Sowjetunion (in Symbiose mit dem alten bulgarischen Russland-Mythos), die Zertrümmerung der Religiosität und die brachiale Abschottung gegen den Westen einen paradoxen Effekt: Um in der obigen Abbildung des Spannungs-Vierecks zu bleiben, wird kulturell gesehen gerade der osmanisch-orientalische Pol, und zwar in seinem negativen Sinne, virulent: Da die Anreize der planwirtschaftlich-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung exogen so gesetzt sind, verfallen die Bulgaren in eine allgemeine Lethargie, in der Fleiß oft kaum Sinn macht; Der Staat muss für alles sorgen, so dass man als Bürger gar nicht gefragt ist und sich – auch durch die permanente Gängelung durch Staat und Geheimpolizei – in eine Verantwortungslosigkeit zurückziehen kann; Ein Rechtsstaat existiert kaum; Die Instinkte der Kleingruppe werden wiederbelebt. Makroökonomisch sind die Folgen ebenfalls katastrophal: Zwar wird ein Wirtschaftswachstum erzielt, allerdings werden in der Planwirtschaft vor allem Riesen-Kombinate aufgebaut, die ausschließlich auf die Bedürfnisse der Sowjetunion und der anderen Ostblock-Staaten ausgerichtet sind und qualitativ meist Produkte von einer Qualität herstellen, die nicht weltmarktfähig ist. Nicht zuletzt muss die Umwelt für die Gigantomanie Schiwkows einen enormen Preis zahlen.

Somit trifft Bulgarien mit einer enormen – und im Vergleich zu den „Brudervölkern“ aus dem Ostblock teilweise vielschichtigeren – Hypothek in die Zeit der Transformation ein.

2.2 Geschichte der bulgarischen Transformation 1989-2010

Eine Revolution im engeren Sinne findet 1989 in Bulgarien nicht statt, jedenfalls nicht vergleichbar mit den Prozessen in Polen der 1980er Jahre oder dem Herbst 1989 in der DDR. Zwar gibt es Dissidenten-Gruppen, allerdings sind sie kaum politisch relevant und des Weiteren, wie sich später herausstellt, durch den kommunistischen Geheimdienst massiv unterwandert. Einen Tag nach dem Berliner Mauerfall, am 10. November 1989, wird Todor Schiwkow in einer Palastrevolution innerhalb der obersten kommunistischen Führungsschicht abgesetzt und, analog zur Honecker-Ablösung im vorangegangenen Oktober, durch einen krenz-artigen Apparatschik

ersetzt. Erst nachher formiert sich im Winter 1989/90 eine oppositionelle Massenbewegung auf den Straßen Sofias, der es allerdings – auch bedingt durch die hemmungslosen Manipulationen der Kommunisten – nicht gelingt, die ersten freien Wahlen im Frühsommer 1990 für sich zu entscheiden. Zwar wird von diesem ersten frei gewählten Parlament eine neue, durchaus europäische Verfassung verabschiedet. Allerdings behalten die Postkommunisten von der neu gebildeten Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) in den Folgejahren die Oberhand. Der oppositionellen Union Demokratischer Kräfte (SDS) gelingt nur ein Wahlsieg, im Jahre 1991, der allerdings sehr knapp ausfällt und bald in einer komplizierten Koalition mit der Partei der muslimischen Minderheit (DPS) verspielt wird. BSP kehrt 1994 triumphal an die Macht zurück und regiert bis Anfang 1997. In dieser Zeit scheint demokratisch gesinnten Bulgaren die Annäherung an Europa (oder allgemein: an den Westen) in immer weitere Ferne zu rücken, stattdessen versuchen die Postkommunisten die alten Sympathien für Russland zu reaktivieren und streben eine politische und ökonomische Annäherung an dieses an. Durch eine verkehrte Wirtschaftspolitik, besonders im Hinblick auf den Finanzsektor, kollabieren im Zuge des Jahres 1996 etliche Banken, durch eine nicht existente Einlagensicherung verlieren Hunderttausende dabei ihre Ersparnisse. Anschließend verheddert sich die Regierung in einem Sammelsurium falscher Schritte, was um die Jahreswende 1996/97 zu einer immer stärkeren Abwertung der Landeswährung Lev führt. Die Inflation steigt und steigt und nimmt in den ersten Monaten des Jahres 1997 hyperinflationäre Ausmaße an. Im Januar 1997 beginnt das, was man heute in manchen Kreisen die „echte“ Revolution Bulgariens genannt wird: In wochenlangen täglichen Demonstrationen wird in einem bisher nie dagewesenen Maßstab gegen die Wirtschaftspolitik der Postkommunisten demonstriert und es gelingt letztlich der Bürgergesellschaft, ein Weiterregieren der BSP zu verhindern. Eine Koalition um die alte SDS gewinnt im Frühjahr 1997 die Parlamentswahlen und kommt an die Macht im vollkommen heruntergewirtschafteten und extrem verarmten Land.

Wenn man die ersten acht Jahre der Transformation (1989-1997) aus heutiger Sicht Revue passieren lässt, so sind sie eindeutig als verlorene Jahre zu bezeichnen. Bulgarien schafft es in dieser Zeit nicht, die liberale Trias aus Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft zu implementieren. Zwar funktioniert der demokratische Mechanismus im Großen und Ganzen, auch sind die Meinungs- und Pressefreiheit – anders als in manchen GUS-Staaten – garantiert und werden von

den Bürgern gelebt. Das Fatale an dieser Periode ist aber die entstandene Wahrnehmung der Demokratie in der Bevölkerung: Zunächst als Inbegriff des Westens gefeiert, glauben im Laufe der Anfangsjahre immer mehr Bürger, dass sie eigentlich in einer Plutokratie leben. Die alten kommunistischen Eliten schaffen es vorbildlich, die ökonomische Macht im Lande in der Hand zu behalten, sei es in Gestalt von intransparenten Privatisierungsaktionen von einzelnen Betrieben, sei es – vor allem – durch die Installierung eines mafia-artigen Geflechts aus Beziehungen verschiedenster Firmen, die ganze Branchen kontrollieren und besonders in der Zeit zwischen 1993 und 1997 mit dem Staat verwachsen. In byzantinischer (und orientalischer) Tradition differenzieren sich die einzelnen Subsysteme der Gesellschaft kaum aus, stattdessen bildet sich ein Konglomerat aus wirtschaftlicher und politischer Macht, welches jegliche Chancengleichheit unterbindet und stattdessen extrem selektiv Renten und Privilegien an verdiente Mitglieder alloziert. Die Netzwerke der kommunistischen Elite, die bereits bei Gorbatschows Machtantritt 1985 merken, dass die Zeit der „klassischen“ Sowjetmacht zu Ende geht, sind gut auf die neuen demokratischen Gegebenheiten 1989 vorbereitet und nutzen bis 1997 die neue demokratische Ordnung als Feigenblatt aus, um ihre Macht zu stabilisieren und durch das Organ BSP auch in der neuen Epoche zu legitimieren. Der Rechtsstaat funktioniert kaum, wenn man auf der „falschen“ Seite steht, und die Marktwirtschaft ist durch extreme Machtballungen gekennzeichnet und verzerrt. Im bulgarischen „winter of discontent“ 1996/97 glauben zwar die demokratisch gesinnten Bulgaren nach wie vor an das „westliche“ Modell, die „real existierende“ Variante dessen in ihrer Heimat halten viele aber für geradezu abstoßend. Ein deutliches Zeichen ist die Abstimmung mit den Füßen, gerade unter jungen und hoch qualifizierten Bürgern, die in dieser Zeit in Hunderttausenden das Land verlassen. Die Konflikte in Ex-Jugoslawien bis 1995 tun ihr Übriges, um auch in den Augen des Westens Bulgarien als ganz weit weg, „irgendwo“ an der europäischen Peripherie wahrzunehmen.

Das Jahr 1997 ist eine Zäsur in vielerlei Hinsicht. Es gelingt mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds, die zerrüttete Währung wieder zu stabilisieren. Die Zentralbank ist allerdings in den Augen der Bevölkerung derart diskreditiert, dass das Angebot des IWF, sie praktisch abzuschaffen und stattdessen einen Currency Board zu installieren, auf breite Zustimmung stößt. Der Lev wird bald an die Mark gekoppelt, zunächst im Verhältnis 1000:1 und später, nach dem Streichen dreier Nullen, im psychologisch geschickten Verhältnis 1:1. Die neue Regierung um SDS

unterbricht radikal die Russland-Annäherung ihrer Vorgänger, stattdessen steuert sie in ihrer Außenpolitik einen ganz explizit pro-westlichen Kurs. NATO- und EU-Mitgliedschaft werden als oberste Ziele der Republik proklamiert, was im Zuge des letzten Jugoslawien-Krieges 1999 erneut zu Spannungen zwischen dem pro-westlichen und dem pro-russischen Teil der Bevölkerung führt. Die Regierung von Ivan Kostov bleibt vier Jahre an der Macht, in denen es ihr gelingt, für makroökonomische Stabilität zu sorgen, eine für Bulgaren wie für ausländische Investoren neuartige Erfahrung. Zwar werden die mafiösen Netzwerke nicht vollständig zerschlagen, allerdings bekommen sie Konkurrenz durch ausländische Unternehmen, die zaghaft das Land aufsuchen und die gerade für junge Akademiker auf dem Arbeitsmarkt endlich eine Alternative zu den alten Strukturen bringen. Allerdings bleiben die Korruption und die mangelhafte Rechtsstaatlichkeit ein Problem, dem die Regierung Kostov, in ihren letzten Jahren selbst in etlichen Skandalen und Affären gefangen, nicht genügend beikommt. Der Wegfall der äußerst lästigen Visumpflicht für den Schengen-Raum 2000/01 wird von vielen Bulgaren als eine erste handfeste Anerkennung der Reformpolitik des Landes seitens der EU gewertet.

Im Frühjahr 2001, kurz vor den bevorstehenden Parlamentswahlen, kehrt der frühere Kind-Zar Simeon II von Sachsen-Coburg-Gotha nach Bulgarien zurück. Nach Jahrzehnten im westlichen Exil erscheint er vielen Bürgern, trotz seiner mangelhaften Sprachkenntnisse (er muss das Land nach dem Krieg in jungen Jahren verlassen), als eine gelungene Import-Lösung für die Probleme des Landes. So gewinnt er mit seiner eben gegründeten Partei NDSW aus dem Stand 50% der Parlamentssitze und regiert die nächsten vier Jahre das Land als Ministerpräsident.

Die Geschichte der Kostov-Zeit wiederholt sich gewissermaßen: Auch unter Simeon Saxkoburggotski, so sein republikanischer Name, strömen ausländische Investitionen ins Land, die Ökonomie brummt, das Wachstum ist hoch und stetig, der Lev durch den Currency Board stabil, die Inflation und die Zinsen vergleichsweise niedrig. 2004 wird Bulgarien als Vollmitglied in die NATO aufgenommen. Allerdings gelingt es auch der „Zaren-Regierung“, wie sie in der Bevölkerung genannt wird, kaum, die Probleme des schlecht funktionierenden Rechtsstaates, der Korruption und der organisierten Kriminalität zu lösen, wieder fehlen Skandale und Affären nicht. Somit kommen 2005 wieder die Postkommunisten von BSP an die Macht, in der bemerkenswerten

Koalition mit NDSW (obwohl ja Simeon nach dem Krieg durch die Vorgängerpartei der BSP vertrieben wurde) und der Partei der muslimischen Minderheit DPS. In deren Regierungszeit fällt der Höhepunkt des durch die Vorgängerregierungen begonnene Prozesses der Annäherung an die EU: Zum 1.1.2007 wird Bulgarien als Vollmitglied in die EU aufgenommen. Es ist eine modernere BSP, die 2005 an die Macht kommt, trotzdem entsteht bei vielen der Eindruck, dass die alten Netzwerke aus den 1990er Jahren wieder an Bedeutung gewinnen. Die Reformen gehen weiter, wenn auch in etwas gedrosseltem Tempo. Bis 2007 besteht ein enormer äußerer Druck durch die EU-Konditionalitäten, die für die Ökonomie so essentiellen Institutionen des Rechtsstaates an EU-Standards anzupassen. Nach 2007 fehlen der EU allerdings die Mittel, um diesen Prozess weiterhin intensiv zu begleiten oder gar zu erzwingen. Zwar werden ab und an Fondsmittel gestrichen, aber dies verhindert nicht, dass der bulgarische Staat in die alte Lethargie verfällt, d.h. in die auch in anderen Beitrittsländern beobachtete „post accession reform fatigue“. Ausländisches Geld strömt unvermindert ins Land, durch die weltweit niedrigen Zinsen ist auf dem Globus Liquidität mehr als ausreichend vorhanden, die Immobilienindustrie erlebt einen schieren Boom, der vor allem von ausländischen Immobilien-Investoren im Tourismus-Bereich erzeugt wird. Bis 2008/09 herrscht im Land eine extreme Wachstumsphase, die bei vielen den Eindruck und die Hoffnung weckt, Bulgarien würde langfristig nun doch zu den reichen EU-Nachbarn aufschließen. Die Staatsverschuldung wird nach etlichen Jahren der Haushaltsüberschüsse, trotz moderater Besteuerung, massiv gesenkt. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise trifft zwar etwas verspätet ein, erfasst aber seit 2009 das Land mit voller Wucht und führt zu einem jähen Ende der Party, in der realen Ökonomie wie an der Sofioter Börse, wo der Aktienindex im Vergleich zu den Höchstständen vom Boom heute um mehr als 80 Prozent niedriger liegt.

Bevor im Fazit am Ende des Beitrages ein Ausblick auf die Zeit nach 2010 gewagt wird, soll es im Folgenden darum gehen, die bulgarische Transformation der letzten 20 Jahre einer Analyse durch die Instrumente der Ordnungsökonomik zu unterziehen. Zunächst wird im nächsten Abschnitt die Auswahl dieser Theorie als Brille auf den Transformationsprozess begründet, ehe anschließend die Analyse Bulgariens aus Sicht dreier klassischen Protagonisten dieser Ökonomik in Angriff genommen wird.

3. Ordnungsökonomik als Theorie der Transformation

Das Projekt der Ordnungsökonomik reicht in die 1930er Jahre zurück. Mindestens drei deutschsprachige Kreise widmen sich zu dieser Zeit der Herausforderung, einen neuen Liberalismus zu entwickeln, indem man den klassischen Liberalismus zwar wiederbelebt, aber seine Schwächen aus den Erfahrungen des 19. und des 20. Jahrhunderts zu beheben versucht.

Das erste Zentrum ist die Albert-Ludwigs-Universität im badischen Freiburg, wo sich ab den frühen 1930er Jahren ein Kreis von Wissenschaftlern bildet, der später als „Freiburger Schule“ über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt wird. Das besondere Kennzeichen dieses Kreises ist die intensive intellektuelle Zusammenarbeit zwischen Nationalökonomien und Juristen, wobei von Ersteren Walter Eucken und von Letzteren Franz Böhm und Hans Großmann-Doerth besonders hervorzuheben sind.¹ Wie es Franz Böhm später formuliert, fokussiert sich das Forschungsprogramm des aus Ökonomen und Juristen bestehenden Verbundes um die zentrale Fragestellung, wie private und staatliche Macht in einer freiheitlichen Ordnung einzudämmen sind.² Für die Motivation dieser freiheitlichen Denker ist natürlich von besonderer Bedeutung, dass sie – im Deutschland der 1930er und 1940er – in einer Welt leben, in der gerade das Machtproblem auf extreme Weise die menschliche Existenz gefährdet, und so engagieren sie sich in verschiedenen Widerstandskreisen gegen den NS-Staat.³ Das ordoliberalen Programm ist – anders als etwa die politische Ökonomie Ludwig von Mises' – eines der historischen Dringlichkeit, d.h. explizit auf Übergangssituationen von vermachteten hin zu freiheitlichen Ordnungen gemünzt. Die positive Lösung der Ordoliberalen für dieses Übergangs- oder auch Transformationsproblem ist die Wettbewerbsordnung, eine Ordnung, die denkbar entmachteter ist und, neben ökonomischer Effizienz („funktionsfähig“) vor allem durch Freiheitlichkeit („menschenwürdig“) gekennzeichnet ist.⁴ Eucken entwirft einen Katalog von Prinzipien, die diese Ordnung kennzeichnen,⁵ der in der folgenden Abbildung schematisch wiedergegeben wird.

¹ Für die Entstehungsgeschichte der Freiburger Schule, vgl. Goldschmidt/Wohlgemuth (2008).

² Vgl. Böhm (1957).

³ Vgl. Goldschmidt (2005).

⁴ Vgl. Eucken (1952/04), S. 373.

⁵ Vgl. Eucken (1952/04), S. 254-304.



Abb. 2. Euckens konstituierende und regulierende Prinzipien

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an: Goldschmidt (2008), S. 195.

Das zweite Forum bilden die Weltstädte Wien und London, in denen besonders die Person Friedrich August von Hayeks zu dieser Zeit aktiv ist. In Wien wissenschaftlich sozialisiert, entwirft Hayek ab den späten 1920er Jahren vor allem an der London School of Economics – neben einer mikrofundierten Konjunkturtheorie in Opposition zur aufkommenden Keynes'schen Makroökonomik – eine Sozialismuskritik, die für harte Auseinandersetzungen mit sozialistischen Ökonomen sorgt. In diesem Zusammenhang entwickelt Hayek sein zentrales Thema des konstitutiven Wissensmangels einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, welcher dazu führt, dass die Ökonomie nicht im sozialistischen Sinne planbar ist: Dazu kann der Planer das besondere Wissen von Zeit und Ort, welches bei den einzelnen Individuen vorhanden ist, aufgrund seines oft bruchstückhaften, subjektiv fehlerhaften und vor allem dynamischen Charakters nicht zentralisieren. Somit ist die Marktwirtschaft der Planwirtschaft als Wirtschaftsordnung überlegen. Aber was ist für Hayek eine „gute“ Marktwirtschaft? Das positive Programm dazu entwirft er in den darauffolgenden Jahrzehnten, wobei er gerade in den 1930er und 1940er Jahren stark mit der

Freiburger Wettbewerbsordnung sympathisiert,⁶ die laut Eucken von Staats wegen durch die Implementierung der o.g. Prinzipien erreicht wird.⁷ Später „dynamisiert“ Hayek diese gewissermaßen und nennt die Marktwirtschaft eine spontane Ordnung, die sich im Prozess der kulturellen Evolution ihre Regeln teilweise selbst gibt.⁸ Preise und evolutive Regeln sind laut Hayek die beiden unverzichtbaren Speicher von kurzfristigem Markt- bzw. langfristigem Gesellschaftswissen.

Die dritte Gruppe bilden die beiden deutschen Exilanten Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, die, miteinander eng befreundet, von Istanbul und Genf aus einen „Neoliberalismus“ – wie sie ihren Ansatz selbst nennen – zu konzipieren versuchen. Da weitestgehende Ähnlichkeiten sowohl in ihrer Diagnose der Moderne als auch in der Therapie bestehen, wird hier Röpkes Ansatz als für beide repräsentativ dargelegt. Röpke und Rüstow sehen die größte Schwäche des klassischen Liberalismus in der von ihnen als „Soziologieblindheit“ oder „Ökonomismus“ attestierten fatalen Abstrahierung von zwischenmenschlichen Beziehungen bei den „alten“ Liberalen.⁹ Somit formiert sich der Topos Röpkes um die Frage nach der sozialen Kohäsion einer freiheitlichen Gesellschaft. Die Lösung sieht Röpke in einer radikal „entmassten“, also auf kleine und übersichtliche Lebensformen zurückgeführten Ordnung, und zwar in wirtschaftlicher wie in gesellschaftlicher Sicht. Seiner neuen Heimat Schweiz folgend, entwirft Röpke das Leitbild des schweizerischen Bergdorfes, welches primär aus freien Bauern und Selbständigen besteht, als das Ideal für jedes menschliche Zusammenleben.¹⁰ In einer deutlich konservativ akzentuierten Diagnose der Moderne sehen Röpke und Rüstow die Entmassung als primäres Ziel für die Nachkriegszeit und stehen der anonymen Großgesellschaft äußerst skeptisch gegenüber.

Die Ideen der Freiburger, Hayeks und auch der „soziologischen Liberalen“ Röpke und Rüstow werden in den darauffolgenden Jahrzehnten deutlich verfeinert und in einzelnen Aspekten weiterentwickelt, etwa im ORDO-Jahrbuch, an dem alle drei Gruppen von Anfang an mitwirken. So ist aus dem Ordoliberalismus die „moderne“

⁶ Für die Hayek'schen Wandlungen im Hinblick auf die ordoliberalen Wettbewerbsordnung, vgl. Kolev (2010).

⁷ Für die wegweisenden Beiträge zur ökonomischen Wissensteilung, vgl. Hayek (1936/37) sowie Hayek (1945).

⁸ Für den komplexen Zusammenhang zwischen Regelgestaltbarkeit und kultureller Evolution, vgl. Vanberg (1994).

⁹ Für die sozialphilosophische Positionierung bezüglich des „alten“ Liberalismus, vgl. Röpke (1942/79), S. 41-50 sowie Rüstow (1945/01), S. 90-98.

¹⁰ Vgl. Röpke (1944/79), S. 80-81.

Ordnungsökonomik hervorgegangen. Allerdings erscheinen gerade die drei „klassischen“ Ansätze nahezu prädestiniert, um die Transformationsprozesse in der osteuropäischen Nachwendezeit abzubilden. Zwar haben sie, wie oben dargestellt, einen unterschiedlich gelagerten Topos (Macht, Wissen bzw. soziale Kohäsion) und differieren nicht unwesentlich in ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen.¹¹ Allerdings zeichnen sich alle drei Ansätze dadurch aus, dass sie die Wirtschaftsordnung in einem größeren Gesamtzusammenhang einbetten und die Wechselwirkungen zwischen der Wirtschafts- und den übrigen sozialen Teilordnungen an zentraler Stelle analysieren. Euckens Begriff der „Interdependenz der Ordnungen“ hat sich mittlerweile in der Sekundärliteratur als Bezeichnung für diesen breiten Analysefokus etabliert. Diese Sicht passt geradezu ideal auf die Prozesse in einem Transformationsland, weil sich dort natürlich nicht nur die Ökonomie, sondern das komplette Geflecht aus Staats-, Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eines radikalen Wandels unterziehen und die Teilordnungen in ihrer Dynamik miteinander interagieren.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, Bulgariens Transformationserfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte aus dem Blickwinkel dieser drei Ordnungsökonomien zu analysieren. War der Weg Bulgariens tatsächlich der eines Wachstums ohne Ordnung?

4. Bulgariens Transformation aus ordnungsökonomischer Sicht

4.1 Perspektive Walter Euckens

Wie in Abschnitt 3 erläutert wurde, formulieren Eucken und die Freiburger Schule durch den Ordoliberalismus eine liberale Spielart, in deren Mittelpunkt die Frage der Entmachtung von Wirtschaft und Gesellschaft steht. Alle Teilordnungen, die für die Ordoliberalen wie beschrieben als interdependent anzusehen sind, sind zu entmachten und es sind dabei sowohl staatliche als auch private Vermachtungen zu bekämpfen.

¹¹ Eine ausführliche vergleichende Analyse der verschiedenen politischen Ökonomien im deutschsprachigen Neoliberalismus wird demnächst als Dissertationsschrift des Autors dieses Beitrages erscheinen. Für eine Erörterung von Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Ordoliberalismus und der Österreichischen Schule, vgl. Wohlgemuth (2008).

Wie steht es in den letzten 21 Jahren Bulgariens mit der Machtfrage? Hat es Bulgarien geschafft, bezüglich der Wirtschaftsordnung die Prinzipien der Eucken'schen (funktionsfähigen und menschenwürdigen) Wettbewerbsordnung zu implementieren?

Die Verquickung privater und staatlicher Macht erscheint aus der Sicht des Autors dieses Beitrags als das absolut zentrale Problemfeld der bulgarischen Transformation. Wie im geschichtlichen Abriss aufgezeigt, erbt Bulgarien eine extrem vermachtete Wirtschaftsstruktur riesiger, meist monopolistischer Kombinate, die von einer geschlossenen Elite kommunistischer Funktionsträger (Nomenklatura) geleitet wird. Diese Elitenetzwerke werden nach der Wende keineswegs zerschlagen, stattdessen schaffen sie den Übergang in die demokratische Ordnung – auch durch die akribischen Vorbereitungen in den späten 1980er Jahren – relativ problemlos. Durch die ersten acht Jahre einer besonders schwachen Staatlichkeit erreichen sie sogar den Erfolg, eine Art „state capture“ zu bewerkstelligen und ihre neu gefestigte private Macht in staatliche Macht umzusetzen. Durch die mangelhafte Rechtsstaatlichkeit erreichen sie des Weiteren, dass sie große Teile der noch nicht unabhängigen Justiz für ihre „Sache“ gewinnen und somit auch die Rechtsordnung usurpieren. In diesem Umfeld ist natürlich auch an keine Antimonopol- oder Kartellgesetzgebung zu denken, zusätzlich sind die Märkte des Landes durch die schwache außenwirtschaftliche Integration und das Abschrecken ausländischer Investoren faktisch relativ abgeschlossen. Das Eucken'sche Prinzip der Konstanz der Wirtschaftspolitik wird ebenfalls dadurch verletzt, dass die ordnungspolitische Gesamtentscheidung für eine Wettbewerbsordnung in der praktischen Politik nicht getroffen bzw. nicht über die einzelnen Legislaturperioden hinweg beibehalten wird. Eigentum und Vertragsfreiheit sind zwar formal gewährleistet, aber durch die Vermachtung und die Anmaßung der Wirtschafts- und Rechtsordnung durch die alte Nomenklatura nutzen diese Institute nicht viel. Man kann sogar im Gegenteil behaupten, dass eine solche pervertierte Marktwirtschaft ohne die zentrale Figur des unparteiischen Schiedsrichters (in Form des Staates und der Justiz) gerade das paradoxe Ergebnis bewirkt, dass sie weder effizient noch freiheitlich ist und somit aus ordoliberalen Sicht die beiden normativen Kriterien einer „guten“ Ordnung eklatant verletzt.

Aus Sicht der Freiburger Schule muss also das Fazit gezogen werden, dass erst die zweite Teiletappe der bulgarischen Transformation ab 1997 eine Annäherung an die erwünschte Wettbewerbsordnung bringt. Es werden da zum ersten Mal zaghafte Versuche unternommen, Wettbewerbsrecht auch wirklich umzusetzen, die Märkte werden radikal geöffnet, Investoren kommen dazu und erzeugen ganz wesentlich einen Wettbewerb auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Was allerdings auch in dieser Periode nicht klappt, ist die Interdependenz zwischen Wirtschafts- und Rechtsordnung systematisch zu bedenken und diesen Kanal zu „reparieren“. Die Justiz bleibt in weiten Teilen bestechlich und so durch die „neue“ Wirtschaftselite manipulierbar. Trotz der verschiedenen Koalitionen seit 1997 hat die Wirtschaftspolitik allerdings deutlich an Konstanz gewonnen, nicht zuletzt durch den Außendruck der EU. Ganz besonders ist hervorzuheben, dass durch den Currency Board endlich eine stabile Währung der Ökonomie zur Verfügung gestellt wird, so dass das Preissystem von den ständigen monetären Schocks weitestgehend befreit wird. Es kehrt also langsam Ordnung in den Transformationsprozess des Landes ein, allerdings ist der Weg zur liberalen Trias aus Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft im Sinne der Eucken'schen Interdependenz der Ordnungen keineswegs zu Ende.

4.2 Perspektive Friedrich August von Hayeks

Hayek wird im Folgenden auf zweifache Art einbezogen: Als Ordnungsökonom und auch als Konjunkturtheoretiker. In seinem ordnungstheoretischen Ansatz beschäftigt er sich auf vielfältige Weise mit dem Phänomen der Wissensteilung (Sozialismus und das nicht zentralisierbare lokale Wissen, Wettbewerb als Entdeckungsverfahren für neues oder noch nicht genutztes Wissen, Preise und Regeln als Speicher für verschiedene Wissensarten), als Konjunkturtheoretiker mit der Allokation von Kapital innerhalb der Produktionsstruktur einer Ökonomie im Verlauf des Zyklus.

Ordnungstheoretisch hat Hayek viel über Bulgariens Weg zu sagen. Die planwirtschaftlich organisierte Struktur der Ökonomie zerfällt gleich nach der Wende, Millionen von Menschen beginnen damit, ihr Wissen auf unternehmerische Weise zu nutzen. Für Hayek ist die essentielle Voraussetzung für diesen Prozess das Freilegen und Freilassen des Preissystems. In dieser Hinsicht hat sich Bulgarien tatsächlich zum Positiven gewandelt. Wird die Ökonomie zunächst von unzähligen,

z.T. vom Kommunismus geerbten Subventionssystemen, Höchst- und Mindestpreisen etc. gekennzeichnet, so werden diese in der zweiten Etappe ab 1997 nach und nach abgeschafft. Zwar bringen die verschiedenen Regierungen ab 1997 damit viele soziale Gruppen gegen sich auf, die wirtschaftspolitische Beratung des IWF und dann der Außendruck der EU führen allerdings dazu, dass das Preissystem heute zufriedenstellend anpassungsfähig ist. Durch die allgemeine Schwäche der Gewerkschaften bestehen keine Flächentarifverträge, weshalb die Lohnbildung ausgesprochen dezentral und damit sehr flexibel gehandhabt wird. Auf dem Gebiet des Bankwesens besteht, seit dem Aufbrechen der alten Kartelle durch die Übernahme der inländischen Banken durch ausländische Institute, intensiver Wettbewerb, weshalb auch die Zinsen allgemein niedrig und gleichzeitig sehr kompetitiv sind. Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren lässt sich gerade im Bankensektor besonders gut veranschaulichen: Sind zunächst die Produktpaletten der Institute ausgesprochen rudimentär, werden heute verschiedenste Spar- und Kreditmöglichkeiten angeboten, wie auch auf dem Gütermarkt ist Bulgarien schlichtweg „bunter“ geworden. Was die Regeln als Speicher von gesellschaftlich relevantem Wissen anbetrifft, so ist Bulgarien nur auf eine besondere Art hayekianisch zu interpretieren: Wie geschichtlich aufgezeigt wurde, ist das kulturelle Erbe des Landes sehr vielfältig und keineswegs in jeder Hinsicht „westlich“ oder „marktwirtschaftlich“. So ist man im Sinne der kulturellen Evolution immer wieder in der Rolle des Nachahmers, der fremde, d.h. westliche Regeln kopiert und versucht, seine eigene kulturelle Hinterlassenschaft zu „übertünchen“.

In einer anderen Hinsicht haben sich die Bulgaren nicht an Eucken, sondern an Hayek gehalten: Die Besteuerung wird von einem progressiven Tarif (Eucken) im Jahre 2008 auf eine Flattax (Hayek) umgestellt. Zwar wird von Wirtschaftsjournalisten und Think-Tank-Vertretern in den Jahren vor der Einführung tatsächlich sehr häufig mit Hayek argumentiert. Allerdings wird die Flattax paradoxerweise gerade von der BSP-geführten Regierung eingeführt, die für solche Argumentationsstrukturen eher unempfänglich ist. Es mag stattdessen wieder das Eucken'sche Machtargument eine bedeutendere Rolle gespielt haben: Die alten BSP-affinen Wirtschaftseliten, auf denen sich die Partei bis heute stützt, wollten ihre Steuerlast senken sowie prognostizierbarer machen und verpackten dies in der liberalen Hülle einer 10%-Flattax.

Konjunkturtheoretisch ist Hayek ebenfalls höchst relevant. Wie im geschichtlichen Abriss aufgezeigt, befindet sich Bulgarien spätestens ab 2001 in einer ausgesprochenen Boom-Phase mit hohen realen Wachstumsraten. Immer mehr heutige Ökonomen aus der Sofioter Zunft sehen dieses Wachstum allerdings als blasen-getrieben. Die Grundzüge des Hayek'schen Zyklus-Gedankens sind erstaunlich aktuell. Die Zinsen in dieser Periode sind extrem niedrig, wenn man sie mit der Heuristik des natürlichen Zinses vergleichen würde. Wie in anderen peripheren Staaten Europas wie Spanien, Griechenland oder Irland bringt diese Etappe ein so niedriges reales Zinsniveau, dass vor allem ein Bauboom entfacht wird. In Bulgarien kommt zusätzlich zu diesem inländischen Phänomen, dass sehr viel vom „westlichen“ billigen Geld, welches weltweit Anlagemöglichkeiten sucht, nach Bulgarien in die Bau- und Tourismusindustrie strömt, was die Zinsen zusätzlich drückt. Wie oben beschrieben, entsteht ab 2001 – wie auch in den USA oder an der Peripherie Europas – durch die Länge des Aufschwungs der Eindruck, wie wenn es sich dabei um eine nachhaltige Entwicklung oder gar eine „ewige Prosperität“ handeln würde. Dass dieser Schein wohl massiv trügt, wird vielen im Absturz ab dem Jahr 2008/09 deutlich. Damit relativiert sich der Erfolgscharakter der Aufschwungphase ein Stück weit, zumindest in rein makroökonomischer Hinsicht. Mikroökonomisch hat der Aufschwung, auch aus einer Hayek'schen Perspektive, eine deutliche Ausweitung der zwischenmenschlichen Arbeits- und Wissensteilung sowie viel mehr Wettbewerb gebracht. Das Ernstnehmen der Makro-Effekte einer solchen Hayek'schen Konjunkturtheorie hätte aber zu mehr Vorsicht und weniger ausschweifenden Erwartungen führen können, so dass der Boom weniger steil und der Absturz weniger schroff hätte werden können.

4.3 Perspektive Wilhelm Röpkes

Wie steht es um die moralischen und soziologischen Fundamente der Marktwirtschaft in Bulgarien? Um diese Frage anzugehen, erscheint es hilfreich, die Brille Röpkes (und Rüstows) aufzusetzen. Für Röpke ist die Marktwirtschaft kein Automatismus, stattdessen ist sie, wie auch bei Eucken und Hayek, in der Gesamtordnung eingebettet. Das Besondere an Röpkes Theorie ist aber die spezielle Modellierungsart der Beziehung zwischen der Wirtschafts- und der Gesellschaftsordnung: Die Wirtschaftsordnung beruht laut Röpke auf moralischen

und soziologischen Fundamenten, die sie ständig aufbraucht und die deshalb stets „aufgefüllt“ werden müssen. Um dies zu erreichen, muss die Marktwirtschaft über verschiedene Politikarten „entmasst“ werden, um eine nachhaltige soziale Kohäsion der kleinen Regelkreise zu erzielen.

Röpkes Theorie spielt gewissermaßen eine Sonderrolle für die Bewertung von Transformationsprozessen wie denjenigen Bulgariens. Um ihre Relevanz zu erörtern, muss nochmals auf die kommunistische Periode zurückgegriffen werden. Wie im geschichtlichen Abriss erörtert, stellt der osteuropäische Kommunismus ein gewaltiges Experiment nicht nur in ökonomischer, sondern mindestens genauso sehr in gesellschaftlicher Hinsicht dar. Abermillionen von Menschen werden ihrer natürlichen Einbettung beraubt und per Zwang aus den Dörfern vertrieben. Man muss nicht Röpkes etwas romantisierende Haltung zum Leben auf dem Lande teilen, um die Problematik dieser Zwangsumsiedlungen zu erkennen. Unabhängig von seinen Annehmlichkeiten und Problemen bietet das städtische Leben eine genuin andere soziologische Umgebung für seine Bürger, wenn man es mit dem traditionellen Leben in der bulgarischen Provinz vor dem Zweiten Weltkrieg vergleicht. Die Einpferchung in die Betonsilos Sofias und der anderen größeren Städte bringt Zentralheizung und warmes Wasser, aber gleichzeitig eine neue Anonymität und Entwurzelung mit sich, die erst im Verlaufe der Generationen überwindbar erscheint. Wohl am Wichtigsten ist, dass eine solche Umgebung keineswegs für Bürgersinn sorgt, laut Röpke eine essentielle soziologische Voraussetzung für das Funktionieren einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Schlimmer noch, gerade die Werte, die die Marktwirtschaft benötigt (Fleiß, Ehrlichkeit, Unternehmungslust u.a.), werden durch die kommunistische Pseudo-Religion zertrampelt und durch kollektivistische Ideale weitgehend ersetzt. Neben dem byzantinisch-orthodoxen und dem osmanischen kulturellen Erbe stellen diese Aspekte hohe Hürden für das Funktionieren einer freien Gesellschaft nach 1989 dar. Da Begriffe wie Moral oder Ethik in der kommunistischen Zeit ausgesprochen inflationär missbraucht werden, sind gerade junge Menschen der Nachwendezeit skeptisch, wenn von moralischen Werten oder ethischen Präskriptionen die Rede ist. Somit entsteht in allen Generationen, aber vor allem unter den Heranwachsenden ein Wertevakuum, welches laut Röpke für die Herstellung einer freien Gesellschaft geradezu fatal sein kann. Da Bulgaren traditionell nicht sehr kirchlich gebunden sind und die Religiosität keine solche Rolle

spielt wie etwa in den katholischen Ländern Mittelosteuropas, gelingt es den Kommunisten leichter, auch diese Quelle der Moral zu erdrücken, so dass auch die bulgarische orthodoxe Kirche nach der Wende, auch wegen interner Querelen, es nicht schafft, als ordnende Potenz im Sinne der Ordoliberalen zu fungieren und das Vakuum zumindest teilweise zu füllen.

5. Fazit und Ausblick: Was kommt nach Transformation und Krise?

Nach der geschichtlichen Darstellung Bulgariens und der Analyse der Transformationsprozesse aus der Perspektive der drei ordoliberalen Klassiker ist es nun Zeit, über dieses Mosaik einige abrundende und zusammenfassende Sätze zu formulieren. Bulgarien ist ein Land, welches an der Gabelung verschiedener Zivilisationen liegt und deshalb in seiner viele Jahrhunderte langen Geschichte zahlreiche dieser Einflüsse synthetisch auf sich vereint. Das macht den Übergang aus der kommunistischen Periode in das Zeitalter der Freiheit nicht unbedingt einfacher.

Viele Bulgaren scheinen sich mit dem Kommunismus arrangiert zu haben, denn der bedient, trotz seiner überschäumenden Russland-Rhetorik, geradezu ideal besonders die orientalischen Seiten des eigenen kulturellen Erbes. Deshalb kommt der Ruck der Wende für viele jäh und es beginnen Jahre der Orientierung und der Neufindung, die schmerzvoll sind. Im Gegensatz zur Orientierungslosigkeit in der Bevölkerung ist aber die (post)kommunistische Nomenklatura gut vorbereitet und schafft es schnell, neben der politischen auch große Teile der wirtschaftlichen Macht an sich zu binden. Erst ab 1997 werden diese Strukturen teilweise aufgebrochen, allerdings gelingt es auch den Folgeregerungen nicht vollständig, Marktwirtschaft und Demokratie mit einem funktionierenden Rechtsstaat zu flankieren. Das hohe Wachstum der letzten 10 Jahre bringt tatsächlich eine Aufbruchsstimmung, durch seinen teilweise blasenhaften Charakter führt es aber gegenwärtig zu einem mühevollen Tal der Tränen, durch das das Land recht langsam vorankommt.

Wachstum ohne Ordnung? Die ordnungsökonomische Sicht auf die Transformation zeigt tatsächlich, dass man vieles besser hätte machen können. Ob die Paarung von privater und staatlicher Macht, der ungenügende Wettbewerb und die damit recht rudimentäre Arbeits- und Wissensteilung oder das mangelhafte moralische und

soziologische Fundament der Nachwende-Zeit: Eine Analyse mit Eucken, Hayek und Röpke wirft sehr nützliche und sich gut komplementierende Schlaglichter auf die Erfolge und Fehler der Transformation. Ohne Zweifel hat Bulgarien die kompliziertesten Ordnungs-Probleme bereits gelöst, die spontane Ordnung der bulgarischen Marktwirtschaft fußt auf immer stabileren formellen und informellen Pfeilern. Die bulgarische Gesellschaft hat sich als lernfähig erwiesen und durchaus einen Großteil der Hypothek, mit der sie 1989 gestartet ist, abgelegt.

Ist die Transformation zu Ende? Vielen erscheint die gegenwärtige Krise, welche die erste rein zyklische Krise Bulgariens der Nachwende darstellt, paradoxerweise als ein Zeichen der Normalität, des „Angekommenseins“ im Westen. Dieser Diagnose schließt sich der Autor dieser Zeilen an und stellt abschließend die Behauptung auf, dass die Transformation im engeren Sinne tatsächlich beendet ist. Was ab nun folgen wird, oder folgen soll, ist der Wachstumspfad einer kleinen offenen Volkswirtschaft an der europäischen Peripherie und damit nichts genuin „Osteuropäisches“. Im Vergleich zu Ländern wie Griechenland oder Ungarn hat Bulgarien sogar gewisse Startvorteile für die Etappe nach der Krise. Die Staatsverschuldung ist sehr niedrig, der Lev auch ohne einen Beitritt in die Eurozone durch den Currency Board stabil, die Besteuerung im europaweiten Maßstab ausgesprochen moderat. Trotzdem bleibt eine Menge zu tun, um wieder ausländische Investoren ins Land zu holen. Das Justizsystem wird in den letzten Jahren zwar ständig reformiert, erreicht aber noch nicht die EU-Standards, dasselbe gilt für die verschiedenen Ebenen der Bürokratie. Noch sind die alten Netzwerke, teilweise in neuen Kleidern, sehr mächtig. Gegen all dies hilft nur eins: die liberale Trias aus Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat nicht nur plakativ fordern, sondern auch in der praktischen Politik täglich schützen, pflegen und ausbauen. Der Wille in der Bevölkerung ist da, noch sind die Wachstumspotentiale der Ökonomie bei Weitem nicht ausgeschöpft. Es liegt am Land selbst, einen Wachstumspfad einzuschlagen, der im Sinne der obigen Analyse stabiler ist und die Kriterien der Ordnungsökonomik besser erfüllt. Damit hätte Bulgarien die Chance, den langen Weg zu mehr Prosperität und Freiheit deutlich weniger mühevoll zu machen, als er sonst wohl sein wird.

References

Böhm, Franz (1957): Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts (Das Recht der Ordnung der Wirtschaft), in: Wolf, Hans Julius (Hrsg.): Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg i.Br., S. 95-113.

Eucken, Walter (1952/04): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 7. Auflage, Tübingen

Goldschmidt, Nils (2005): Die Rolle Walter Euckens im Widerstand. Freiheit, Ordnung und Wahrhaftigkeit als Handlungsmaximen, in: Goldschmidt, Nils (Hrsg.): Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen, S. 289-314.

Goldschmidt, Nils (2008): Zur Einführung: Die Politik der Wettbewerbsordnung – die konstituierenden Prinzipien, in: Goldschmidt, Nils / Michael Wohlgemuth (Hrsg.): Grundtexte der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen, S. 191-196.

Goldschmidt, Nils / Michael Wohlgemuth (2008): Entstehung und Vermächtnis der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, in: Goldschmidt, Nils / Michael Wohlgemuth (Hrsg.): Grundtexte der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen, S. 1-16.

Hayek, Friedrich August von (1936/37): Economics and Knowledge (Vortrag am 10. November 1936 vor dem London Economic Club), in: *Economica*, Vol. 4/13, S. 33-54.

Hayek, Friedrich August von (1945): Hayek, Friedrich August von (1945): The Use of Knowledge in Society, in: *The American Economic Review*, Vol. 35/4, S. 519-530.

Kolev, Stefan (2010): F. A. Hayek as an Ordo-Liberal, Research Paper 5-11, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, Erfurt

Röpke, Wilhelm (1942/79): Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 6. Auflage, Bern u.a.

Röpke, Wilhelm (1944/79): *Civitas humana*. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, 4. Auflage, Bern u.a.

Rüstow, Alexander (1945/01): Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 3. Auflage, Marburg

Vanberg, Viktor J. (1994): Kulturelle Evolution und die Gestaltung von Regeln, Walter Eucken Institut: Vorträge und Aufsätze 144, Tübingen

Wohlgemuth, Michael (2008): Austrian Economics and German Liberalism (how far is Freiburg from Vienna?), in: Kolm-Lamprechter, Barbara / Christian Watrin (Hrsg.): Internationale Experten zur Österreichischen Schule der Nationalökonomie, Wien, S. 194-225.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?
- 2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities

- 2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels?
- 2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea
- 2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition
- 2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität
- 2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe
- 2009 – 5 Dathe, Uwe – Wie wird man ein Liberaler? Die Genese der Idee des Leistungswettbewerbs bei Walter Eucken und Alexander Rüstow
- 2009 – 6 Fichert, Frank - Verkehrspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft
- 2009 – 7 Kettner, Anja; Rebien, Martina – Job Safety first? Zur Veränderung der Konzessionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten aus betrieblicher Perspektive
- 2009 – 8 Mulaj, Isa – Self-management Socialism Compared to Social Market Economy in Transition: Are there Convergent Paths?
- 2009 – 9 Kochskämper, Susanna - Herausforderungen für die nationale Gesundheitspolitik im Europäischen Integrationsprozess
- 2009 – 10 Schäfer, Wolf – Dienstleistungsökonomie in Europa: eine ordnungspolitische Analyse
- 2009 – 11 Sepp, Jüri – Europäische Wirtschaftssysteme durch das Prisma der Branchenstruktur und die Position der Transformationsländer
- 2009 – 12 Ahrens, Joachim – The politico-institutional foundation of economic transition in Central Asia: Lessons from China
- 2009 – 13 Pitsoulis, Athanassios; Siebel, Jens Peter – Zur politischen Ökonomie von Defiziten und Kapitalsteuerwettbewerb
- 2010 – 01 Seliger, Bernhard – Theories of economic miracles
- 2010 – 02 Kim, GiEun - Technology Innovation & Green Policy in Korea

- 2010 – 03 Reiljan, Janno - Vergrößerung der regionalen Disparitäten der
Wirtschaftsentwicklung Estlands
- 2010 – 04 Tsahkna, Anna-Greta, Eerma, Diana - Challenges of electricity market
liberalization in the Baltic countries
- 2010 – 05 Jeong Ho Kim - Spatial Planning and Economic Development in Border
Region: The Experiences of Gangwon Province, Korea
- 2010 – 06 Sepp, Jüri – Ordnungspolitische Faktoren der menschlichen
Entwicklung
- 2010 – 07 Tamm, Dorel - System failures in public sector innovation support
measures: The case of Estonian innovation system and dairy industry
- 2010 – 08 Clapham, Ronald - Wirtschaftswissenschaft in Zeiten der Globalisierung
- 2010 – 09 Wrobel, Ralph - Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der
„unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand
- 2010 – 10 Rutsch, Andreas, Schumann, Christian-Andreas, Wolle, Jörg W.,
Postponement and the Wealth of Nations
- 2010 – 11 Ahrens, Joachim and Jünemann, Patrick; Transitional Institutions,
Institutional Complementarities and Economic Performance in China
A 'Varieties of Capitalism' Approach
- 2010 – 12 Kolev, Stefan; Der bulgarische Weg seit 1989, Wachstum ohne
Ordnung?

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de